

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Wenig Spielraum für die Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1981) : Wenig Spielraum für die Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 12, pp. 574-575

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135623>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Wenig Spielraum für die Wirtschaftspolitik

Der zu dieser Jahreszeit übliche Reigen der Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr ist in vollem Gange. „Etablierte“ Prognosen wie die gemeinschaftliche von vier der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute und die des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sehen eine Entwicklung im Jahre 1982 voraus, die auf zwei verschiedene Arten beschrieben werden kann. Negativ als „noch ein Jahr mit schlechten Ergebnissen“, positiv als das Jahr einer „Wende zum Besseren“, wengleich noch nicht zum Guten. Gemeinsam ist allen bisher bekannten Prognosen, daß sie einen weiteren erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit enthalten.

Angesichts solcher Aussichten stellt sich selbstverständlich die Frage nach den Möglichkeiten wirtschaftspolitischen Gegenwirkens. Selbstverständlich ist die Frage schon deshalb, weil niemand die angekündigte Entwicklung akzeptabel findet. Selbstverständlich müßte sie aber auch aufgrund jahrzehntelang geprägter Erwartungen hinsichtlich der Fähigkeit zur Steuerung des Wirtschaftsprozesses sein. Vor diesem Hintergrund wirken die bisherigen Forderungen nach wirtschaftspolitischer Ankurbelung ziemlich zaghaft; Ausnahmen bestätigen die Regel.

Überwiegend scheint heute akzeptiert zu werden, daß es keine Möglichkeit zu einer Ankurbelungspolitik mit dem Ziel einer schon kurzfristig merklichen Besserung der wirtschaftlichen Lage gibt. Man muß aber sowohl das „überwiegend“ als auch das „heute“ betonen. Nicht wenige sind ja keineswegs überzeugt, daß die Keynesche Therapie nicht mehr taugt, sondern sie sehen lediglich „technische“ Hindernisse, die ihr entgegenstehen, vor allem die Ebbe in den öffentlichen Kassen. In ihren Augen käme es nur darauf an, gleichsam über den Schatten zu springen und mit einer „letzten großen Anstrengung“ doch noch kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme einzuleiten. Diese Denkweise würde erkennbar werden, wenn sich die Wirtschaftslage weiter verschlechterte.

Droht eine solche Entwicklung der Wirtschaft? Die Mehrheit der Forschungsinstitute und der Sachverständigenrat erwarten sie nicht. Nach ihrer Einschätzung wird die Produktion zunächst stagnieren und im Verlauf des kommenden Jahres wieder zu steigen beginnen. Die Beschäftigung wird allerdings auch dann vorerst noch sinken. Hinzu kommt erneut eine aus demographischen Gründen wachsende Zahl von Anwärtern auf einen Arbeitsplatz. Beides zusammen führt dazu, daß die Arbeitslosigkeit fast das ganze Jahr hindurch noch steigen wird; bei sehr ungünstigem Wetter könnte sich in diesem Winter die Arbeitslosenzahl vorübergehend der Marke von 2 Millionen nähern. Der schon heute voraussehbare Anstieg der Arbeitslosigkeit ist aber nicht Ausdruck einer „Verschlechterung der Wirtschaftslage“; er wird vielmehr sogar noch in der ersten Phase der Wiederbelebung der Produktion andauern, nicht zuletzt wegen des wachsenden Potentials an Erwerbspersonen. Wird die vor einigen Monaten vertagte Forderung nach beschäftigungspolitischen Maßnahmen dennoch gestellt werden? Oder wird eingesehen, daß dann nicht richtig sein kann, was vor einigen Monaten als falsch erkannt wurde?

Eine Politik der Nachfrageankurbelung à la Keynes ist nämlich nicht nur kaum finanzierbar, sondern auch wenig erfolversprechend. Dieses Urteil ergibt sich sowohl aus der Diagnose der Probleme als auch aus dem Zustand des nachfragepolitischen Instrumentariums. Zunächst die Diagnose: Es ist eine erhebliche Unterbeschäftigung sowohl der Arbeitskräfte als auch der sachlichen Produktionsmittel zu konstatieren. Dies kann man zwar geradezu definitionsgemäß als Ausdruck von Nachfragemangel bezeichnen. Doch wenn daraus gefolgert würde, dieser Mangel sei durch zusätzliche Nachfrage des Staates zu beheben, so wäre das weitgehend falsch.

Was man vordergründig als „Nachfragemangel“ erkennt, ist zu einem erheblichen Teil Ausdruck der Unsicherheiten und Friktionen, die mit dem schwierigen Anpassungsprozeß verbunden sind, den unsere Wirtschaft (wie viele andere auch) gegenwärtig durchläuft. Die Ursachen des Anpassungsprozesses sind vielfältig; zu nennen sind etwa die Ölkrise, die Veränderung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und die Verschiebung der Wechselkursrelationen. Wichtig für die Erklärung der gegenwärtigen Schwierigkeiten sind aber auch heimische Fehlentwicklungen. So haben sich im Verteilungskampf, der Begleiterscheinung des Anpassungsprozesses ist, Einkommensrelationen herausgebildet, die ungünstig für Investitionen und Beschäftigung sind. Dafür können aber staatliche Nachfragespritzen ebensowenig die geeignete Therapie sein wie für die meisten anderen Probleme, mit denen man es heute zu tun hat.

Doch auch die „instrumentellen“ Bedenken sind nicht gering. Karl Schiller, mit dessen Namen die Politik der Nachfragesteuerung in der Bundesrepublik untrennbar verbunden ist, hat kürzlich vom Abusus gesprochen, dem diese Politik in den vergangenen zehn Jahren ausgesetzt war. Hinsichtlich ihrer Wirkung ist sie inzwischen einem Antibiotikum vergleichbar, gegen das die zu bekämpfenden Krankheitskeime weitgehend resistent geworden sind. Dies ist im Verlauf der gleichen Entwicklung eingetreten, die zu der desolaten Verfassung der öffentlichen Finanzen geführt hat. Der Sachverständigenrat hat den Sachverhalt in seinem jüngsten Jahresgutachten mit der Formel „Große Impulse – kleine Wirkungen“ treffend umschrieben. Auch gegenwärtig sei der nach den üblichen Methoden gemessene Impuls der öffentlichen Defizite für den Wirtschaftskreislauf rechnerisch sehr groß. Doch die tatsächlich davon ausgehenden Wirkungen auf die Wirtschaft seien gering, wenn nicht sogar per saldo negativ. Vor allem würden die für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung entscheidenden privaten Investitionen zurückgedrängt.

Welche Folgerungen sind aus alledem für die Wirtschaftspolitik zu ziehen? Zunächst einmal, daß es aufgrund der Diagnose in erster Linie auf die so oft beschriebene Verbesserung der Rahmenbedingungen ankommt. Dazu gehören insbesondere vertrauenerweckende Anstrengungen des Staates zur Konsolidierung der Finanzen, eine weiterhin auf Stabilisierung bedachte Geldpolitik und eine Lohnpolitik, die die Entzerrung der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne zuläßt. Dies alles verspricht freilich Wirkungen vor allem auf mittlere Sicht. (In der Tat ist eine nennenswerte Verringerung der Arbeitslosigkeit erst auf mittlere Sicht erreichbar.) Manches kann die Wirtschaftspolitik aber auch für die kurzfristige Entwicklung tun. So sollte die Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht zu Lasten der öffentlichen Investitionen gehen, wie das heute der Fall ist. Auch sollte sie nicht unter Mißachtung des Grundsatzes betrieben werden, daß konjunkturbedingte Defizite durch zusätzliche Kreditaufnahme finanziert werden müssen; dieser Grundsatz hat Vorrang vor der Einhaltung einer bestimmten Defizitgröße, die man sich einmal vorgenommen hatte. Schließlich sollte auch die Geldpolitik einen Beitrag leisten, indem die Geldmenge entsprechend dem Potentialpfad erhöht wird und nicht weniger. Dann werden die Zinsen um so deutlicher sinken und damit den Wirtschaftsverlauf günstig beeinflussen.

Mehr als dies kann die Wirtschaftspolitik gegenwärtig kaum beitragen. Verläuft die wirtschaftliche Entwicklung entsprechend den hier zitierten Prognosen, dann handelt es sich nämlich weiterhin nicht um eine „Keynessche Situation“ massiven Nachfrageausfalls. Nur wenn sie sich wider Erwarten doch einstellte, etwa als Folge einer weltweiten Rezession, würden für die Wirtschaftspolitik andere Konsequenzen unumgänglich.